

JAN KORTE

DAS NS-ERBE IN DEUTSCHEN BEHÖRDEN UND BUNDESMINISTERIEN – ZUR AKTUELLEN VERGANGENHEITSPOLITIK

Vor etwas über einem Jahr verabschiedete der Bundestag einstimmig die Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter. Also jener einfachen Soldaten, die sich dem deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg entzogen hatten, die kritische Tagebucheinträge zum Kriegsverlauf verfassten, die Kriegsgefangenen ein Stück Brot zusteckten oder die versuchten Jüdinnen und Juden vor der sicheren Ermordung zu retten. All diese Menschen wurden in der Regel von einer blutigen NS-Militärjustiz hingerichtet. Und: All diese Menschen waren bis 2009 gebrandmarkt, die Unrechtsurteile hatten bis zur Rehabilitierung durch den Bundestag Bestand. Fast vier Jahre dauerte die Diskussion um die Rehabilitierung.¹ Trotzdem bedeutete die einstimmige Beschlusslage des Bundestages eine «offizielle» Kehrtwende – besonders auf Seiten der Konservativen. Das alte Filbinger-Denken «Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein» wurde von der Union – aus offenbar taktischen Gründen – verworfen. Die Erkenntnis, dass die Wehrmachtsjustiz eindeutiger Teil des Terror- und Willkürsystems war und keinesfalls hiervon zu trennen ist, hatte sich durchgesetzt. Allerdings war dafür enormer gesellschaftlicher und politischer Druck notwendig. Erst als Abgeordnete anderer Fraktionen, besonders aus den Reihen von SPD und Grünen, offen signalisierten, sie würden das Anliegen der Linksfraktion unterstützen, kam Bewegung in die Debatte. Entscheidend zuvor war aber die Unterstützung durch gesellschaftliche Multiplikatoren und nicht zuletzt durch die Presse. Berichteten anfangs lediglich linke Tageszeitungen wie Neues Deutschland und dann die taz über die «Kriegsverräter», wuchs der Druck besonders als sogenannte Leitmedien wie Spiegel, Süddeutsche und FAZ berichteten – und zwar mit einer klaren, offenen Zielrichtung: für den Antrag der Linksfraktion. Das zeigt, dass der Umgang mit der NS-Vergangenheit bis hinein in die «bürgerlichen» Medien mittlerweile ein Grundverständnis an kritischem Bewusstsein aufzuweisen hat. Dies ist Ergebnis von jahrzehntelanger Auseinandersetzung von zunächst minoritären Gruppen in der Bundesrepublik. Angefangen von Einzelpersonlichkei-

ten wie Martin Niemöller, Eugen Kogon, Walter Dirks und Gustav Heinemann in den fünfziger und sechziger Jahren, durch das politische und juristische Engagement des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer und den Auschwitzprozess, über große Teile der Studentenbewegung, durch engagierte kritische Wissenschaftler in den Universitäten, durch die Macher der Wehrmachtsausstellung, durch viele linke Geschichtswerkstätten und nicht zuletzt durch jede lokale Gedenkstätten- und Aufarbeitungsinitiative wurde eine fortschrittliche Geschichtspolitik Teil des «Establishments». Dies ist ein großer Erfolg.

Trotzdem müssen diese Standards immer wieder verteidigt und neue Relativierungsversuche abgewehrt werden. Bis der letzte ultrakonservative Widerstand gegen die Rehabilitierung der «Kriegsverräter» gebrochen war, dauerte es fast vier Jahre. Und auch heute ist es ein Auftrag zur Aufklärung und eine tagespolitische Herausforderung, stetige Angriffe auf eine kritische Geschichtsdebatte in Form der Totalitarismustheorie, der Extremismusdebatte und eines wüsten Antikommunismus, die im Kern die Gleichsetzung von Rot und Braun haben, abzuwehren.

NEUE QUALITÄT DER AUFARBEITUNG

Mit der Vorstellung der Studie «Das Amt» wurde nun von offizieller Seite eine weitere Etappe in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit begonnen². Die Aussage des Autors Eckart Conze, das Auswärtige Amt wäre eine «verbrecherische Organisation» gewesen, ist in ihrer Deutlichkeit überraschend und ein Meilenstein in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung³. Nicht, dass die Erkenntnis neu wäre: Schon Browning, Döscher und Frei haben teils

¹ Zur gesamten Debatte vgl.: Jan Korte/Gerd Wiegel (Hrsg.): Sichtbare Zeichen. Von der Tätergeschichte zur Opfererinnerung. Köln 2009. Sowie: Jan Korte: Unrecht kennt keinen Verrat! RLS Standpunkte 08/2008. ² Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010. ³ Siehe Eckart Conze auf www.uni-marburg.de/fb06/ng/aktuelles/news/aa-kommission

vor Jahrzehnten den verbrecherischen Charakter der «feinen Herren» des AA untersucht und veröffentlicht. Die Abwehr dieser Erkenntnis und der Unwille, die Verstrickung der damaligen Funktionseleiten in den Nationalsozialismus und ihre Wiederkehr in die bundesdeutschen Entscheidungsebenen aufzuarbeiten, haben ihre Wurzeln in den fünfziger Jahren.

STRATEGIEN GEGEN DIE SCHULD

Die Konservativen und die sie tragenden Eliten haben sich in anmaßend selbstverständlicher Weise nie als Täter gesehen und waren sie auch noch so tief in den Verwaltungsmassensmord an den Jüdinnen und Juden beteiligt. Wenn über Täter gesprochen wurde, gab es zwei dominierende Abwehrmechanismen: Zum einen die Reduzierung der Täter auf Hitler, Himmler und Goebbels, wie sie schon Albert Speer im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess anwandte. Demnach gab es drei Haupttäter und der Rest geriet einfach so hinein, war verführt, wurde gezwungen oder erledigte einfach nur seine Arbeit. Und noch schlimmer: Weite Teile der Justiz übernahmen diese verheerenden Argumentationsmuster. Joachim Perels hatte diese Praxis untersucht und kommt zum Schluss: «Subjekt der Tat waren nicht die Administratoren und Praktiker des Mordes, sondern Hitler, Himmler und Heydrich, die sogenannten Haupttäter. Der Polizeipräsident von Memel, der seine Polizeikräfte aus eigenem Antrieb zum Mord an den Juden abkommandiert, der Kommandeur der Einsatzgruppe 8, der die Tötung von 15.000 Juden befohlen und eigenhändig getötet hat, der Adjutant des Vernichtungslagers Auschwitz, der an Selektionen beteiligt war, den Bau neuer Gaskammern in Auftrag gab und Zyklon B beschaffte, der stellvertretende Lagerkommandant des Konzentrationslagers Majdanek, der sich an vielen Tötungen beteiligte, sie alle wurden – ungeachtet ihrer organisatorischen Verankerung in der SS – von den Gerichten der Bundesrepublik nicht als verantwortliche Täter, sondern als Gehilfen, ohne ideologische Identifikation mit dem Nationalsozialismus, eingestuft.»⁴ Diese Argumentationsmuster wurden dann gerne von der großen Majorität der Bevölkerung aufgenommen, erlaubten sie doch den Schluss: Wenn schon führende NS-Verbrecher von den Verbrechen nichts gewusst hätten, dann wusste der einfache Deutsche doch erst recht nichts davon. Diese Stimmung in der frühen Bundesrepublik wurde besonders von Adenauer, der ja selbst kein Nazi gewesen ist, gekonnt politisch befördert. Helmut Dubiel hat diese Abwehrstrategie, inklusive einer Umkehr des Opfer-Täter-Zusammenhangs pointiert beschrieben: «In der häufigen Stilisierung der Deutschen zu Hitlers Opfern, in der Deutung der nationalsozialistischen Machtübernahme als außergeschichtlichen, von niemand zu verantwortenden Einbruch in die deutsche Geschichte sowie im Abschieben aller Schuld auf Hitler zeigten sich die Spuren jener autoritären Mentalität, die auch die Fügsamkeit gegenüber dem NS-Regime bestimmt hatte.»⁵ Und im Hintergrund saßen die alten Eliten betrieben mit Nachdruck das juristische und politische Ende jeglicher Entnazifizierungsanstrengungen und beförderten diese gesellschaftliche Verdrängungstimmung.⁶

Die zweite Abwehrstrategie der Funktionseleiten, war eine originäre, elitäre Klassenpolitik, die gerade von Adenauer und seinem Umfeld befördert wurde: Es wurde zugestanden, dass es sehr wohl üble Naziverbrecher gab, die auch zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Dies seien aber nicht

die Funktionseleiten, die Schreibtischtäter, die Akademiker, die Wirtschaftslenker und schon gar nicht Mitglieder der ehemaligen Wehrmachtsführung. Vielmehr wurde das Bild des proletarischen Krawall-Nazi, des Sadisten, der die Opfer auf dem Weg in die Gaskammer noch treten und quälen musste, gezeichnet. Und dieses Bild (was natürlich eine reale Entsprechung hatte) wurde gerade von denjenigen gezeichnet, die für die gesetzliche Entrechtung und formalisierte Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich waren.⁷ Verbrechern wie dem Justiziar der SS, Werner Best, waren die Krawall-Antisemiten immer ein Greul – sie wollten planmäßig und gesetzlich organisiert die «Endlösung» durchsetzen.

LEITIDEOLOGIE ANTIKOMMUNISMUS

Die zwei Abwehrstrategien (es gab natürlich weit mehr) waren wirkmächtig, weil sie breit getragen wurden, politisch eine Entsprechung fanden und mit einem religiösen Züge annehmenden Antikommunismus⁸ eine Leitideologie hatten. In einem antikommunistischen, paranoiden Klima, waren die ehemaligen Funktionseleiten ganz in ihrem Element und als «Experten» wieder gefragt. Zumal man bedenken muss, dass – neben dem Antisemitismus – gerade der Antikommunismus eine entscheidende Integrationswirkung bei der Einbindung elitärer Nationalisten, der Wehrmacht und sämtlicher Deutschnationalen in das Nazi-System besaß. All diese Punkte fanden dann ihr Ergebnis in der Rückkehr der alten Eliten in Amt und Würden. Und hier muss die Aufarbeitung weiter gehen. Die Kernfrage auch für die aktuelle Politik muss lauten: Wie weit wurde die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik von diesen Kreisen beschädigt? Welchen Einfluss hatten diese Kreise auf die Ausrichtung der entscheidenden Politikfelder? Wie konnte eine Gesellschaft insgesamt im Angesicht von unvorstellbaren Leichenbergen ihre Empathie den Tätern, aber nicht den Opfern zuteil werden lassen? Wie konnte es zu einer solch unglaublichen Rechtsprechung kommen? Die Rückkehr der Eliten, der Täter, in die relevanten staatlichen Stellen wurde in einem Klima vollzogen, in dem die große Mehrheit der Bevölkerung völlig unwillig war, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Die «Unfähigkeit zu trauern» (Mitscherlich) muss eine Linke umtreiben: Warum hat eine Mehrheit der Bevölkerung denn in diesem Umfang die «Diktatur der Menschenverachtung» getragen? Und genauso wichtig, welche Formen des Widerstandes müssen vielmehr berücksichtigt werden, um endlich die Unteilbarkeit des Widerstandes politisch durchzusetzen? «Das Amt» bietet nun die Chance einer neuen Etappe in der Vergangenheitspolitik. Die Bundesregierung hat nach der großen öffentlichen Resonanz keine plausiblen Argumente

⁴ Joachim Perels: Recht und Autoritarismus. Beiträge zur Theorie realer Demokratie. Baden Baden 2009. S. 20. ⁵ Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München und Wien 1999. S. 43. ⁶ So war eines der ersten Gesetze der Bundesrepublik das Straffreiheitsgesetz von 1949. Auch die Rückkehr der Beamten via 131er-Regelung setzte die Rückkehr in Amt und Würden durch. Frei hat anschaulich und detailliert beschrieben, welche Massenunterstützung es für die inhaftierten Kriegsverbrecher gab. Vgl.: Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999. Zum gesamten Komplex der Rechtsprechung und zum Fortbestehen von Teilen des «gesetzlichen Unrechts» siehe: Joachim Perels: Das juristische Erbe des «Dritten Reiches». Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung. Frankfurt am Main 1999. ⁷ Vgl. hierzu die hervorragenden Studien von Ulrich Herbert und Michael Wildt. Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. Bonn 1996. Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002. ⁸ Vgl. zum gesamten Thema Antikommunismus und Vergangenheitspolitik: Jan Korte: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik. Berlin 2009.

dagegen, analog zur Außenamtsstudie auch die anderen in Frage kommenden Ministerien, Behörden und ihre Entstehung untersuchen zu lassen, wie es DIE LINKE im Bundestag in einem gerade eingebrachten Antrag fordert.⁹

Um eine neue Debatte um die Vergangenheitsgeschichte anzustoßen, hat die Linksfraktion im Bundestag eine ganze Reihe weiterer Anträge und Anfragen in das Parlament eingebracht. Sie fordert beispielsweise, endlich den Widerstand und die unzähligen Opfer des kommunistischen Widerstandes anzuerkennen und den Ausschluss von Kommunistinnen und Kommunisten von den Entschädigungsleistungen für ihre erlittenen Qualen in den Konzentrationslagern in den fünfziger Jahren als Unrecht anzuerkennen¹⁰. Ein anderer Antrag fordert die Aufarbeitung der Geschichte des BND und die Offenlegung der Akten zum Fall Eichmann. In einer großen Anfrage, die mit einer ausführlichen Debatte im Bundestag verbunden ist, wird insgesamt die Frage des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik gestellt.

CHANCE FÜR FORTSCHRITTLICHE GESCHICHTSPOLITIK

Die aktuelle Debatte zeigt, dass Geschichte nach wie vor ein umkämpftes Feld ist. Trotz vieler Rückschritte und Niederlagen müssen dabei nicht zwangsläufig die Apologeten und Geschichtsrelativierer die Oberhand gewinnen. Es gab immer wieder Durchbrüche für eine kritische Geschichtsauffassung. Die alten Eliten haben maßgeblich das politische Klima der Bundesrepublik bis in die achtziger Jahre geprägt. Genauso taten dies aber auch linke Wissenschaftler, Initiativen und in einem nicht zu vernachlässigenden Teil ein geschichtsbewusstes Bürgertum sowie kritische Medien. Geschichtspolitischen Fortschritt gibt es aber nur durch gesellschaftlichen Druck.

Jan Korte, 33, Politikwissenschaftler M.A., ehem. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied des Fraktionsvorstandes DIE LINKE.

⁹ Alle Anträge sind zu finden unter www.linksfraktion.de und unter www.jankorte.de
¹⁰ Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Wolfgang Neskovic, Petra Pau u.a. «Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten gegen das NS-Regime anerkennen». Bundestagsdrucksache 17/2201.

«... UND PLÖTZLICH GAB ES NUR NOCH DEMOKRATEN»

ZU DEN BRAUNEN WURZELN BUNDESDEUTSCHER MINISTERIEN, BEHÖRDEN UND JUSTIZ

3. Dezember 2010, 16.00 Uhr

Deutscher Bundestag

Unter den Linden 50

11011 Berlin

REFERENTEN

- Prof. Dr. Patrick Wagner (Uni Halle und Leiter des Forschungsprojektes zur Geschichte des BKA zwischen 1949 und 1981)
- Prof. em. Dr. Joachim Perels (Uni Hannover, Autor von «Das juristische Erbe des «Dritten Reiches»» und «Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime»)

MODERATION

- Jan Korte (MdB, Mitglied im Vorstand der Linksfraktion im Bundestag und Leiter des Fraktionsarbeitskreises VI – Bürgerrechte und Demokratie)

VERANSTALTERINNEN

- Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und Rosa-Luxemburg-Stiftung

ANMELDUNG UNTER

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Arbeitskreis VI – Bürgerrechte & Demokratie
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227 51193
Fax: 030 227 56293
E-Mail: effi.boehlke@linksfraktion.de

(Anmeldung wg. sicherheitstechnischer Vorschriften bitte mit Vor- und Nachnamen sowie Geburtsdatum. Zum Einlass gültiges Ausweisdokument mitbringen)

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

STANDPUNKTE 2010

- 01/2010
INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität
- 02/2010
DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan
- 03/2010
ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan
- 04/2010
BIRGIT DAIBER , CORNELIA HILDEBRANDT:
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken
- 05/2010
PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA
- 06/2010
LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität
- 07/2010
PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft
- 08/2010
BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen
- 09/2010
ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit
- 10/2010
WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug
- 11/2010
ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum
- 12/2010
Anforderungen an deutsche Friedenspolitik
- 13/2010
PAUL SCH ÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik
- 14/2010
MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit
- 15/2010
ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen
- 16/2010
JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam
- 17/2010
ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments
- 18/2010
CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»
- 19/2010
ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken
- 20/2010
HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel
- 21/2010
Bürogemeinschaft nine2five: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren
- 22/2010
RAINER RILLING: Welche politische Krise?
- 23/2010
FIROZE MANJI: Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler Befreiung
- 24/2010
BODO RAMELOW: Es ist an der Zeit!
- 25/2010
RICHARD HEIGL: Das Unbehagen am Staat
- 26/2010
YVONNE PLOETZ, STEFAN KALMRING:
Die Umweltkatastrophe am Golf von Mexiko und die ökologische Krise der bürgerlichen Moderne
- 27/2010
JUDITH DELLHEIM: Statt «pro oder contra Wachstum» den sozialöko-logischen Umbau einleiten!
- 28/2010
Auto.Kämpfe.Global.
- 29/2010
KARL OTTO HENSELING: Die große Transformation
- 30/2010
Auto.Mobil.Alternativen
- 31/2010
ULRICH SCHACHTSCHNEIDER: Power to the people – drei mal!
- 33/2010
DIETER KLEIN: Die Welt, in der wir leben
- 34/2010
Auto.Mobil.Geschichte.